

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Freistaat taktiert beim **2. S-Bahn-Tunnel**, um die Stadt zur Mitfinanzierung zu zwingen und Verantwortung loszuwerden, S. Zu dem Megaprojekt gibt es Alternativen (S.3).

Ist das Schicksal des **Amerikahauses** – ein Symbol für das Ende der deutschen Diktatur und die Erfolgsgeschichte Demokratie in Deutschland – besiegelt? (6). Die „**Nordallianz**“ boomt und will sich selbstbewusst auf gemeinsame Ziele mit der Stadt verständigen (S.7).

Die **Informationsfreiheitsgesetz** bringt Bürger auf Augenhöhe mit der Verwaltung (S.9).

Die Zusammenarbeit der **christlichen Kirchen** ist lebendig. Im Mai startet eine Besuchs-Reihe sakraler Orte in der Innenstadt als Orteder Einkehr.

**STADTfragen** sollen wieder von jungen Hochschulabsolventen beantwortet werden, die anregende Reihe wird fortgesetzt (S.13). Der Bezirksausschuss von Haidhausen verlangt zu Recht eine Bürgerbeteiligung schon vor dem Eckdatenbeschluss für das frei werdende **Paulanergelände**.

Demokratische Botschaften wollte die **Olympiade 1972** in die Welt senden. Das Forum hat gemeinsam mit der Nemet-schek-Stiftung sich ein Bild gemacht, was davon geblieben ist.

Im Arbeitskreis „Stadt: Gestalt und Lebensraum“ wurde der **Wohnraumverbrauch der Münchner** besprochen. Eine Rezension über das Buch „**Wohnort München**“ des Forum-Mitglieds Ferdinand Stracke steht auf S.19. Am Schluss wie gewohnt Leserbriefe.

Mit freundlichen Grüßen  
Wolfgang Czisch,  
Vorsitzender des Programmausschusses

**Münchens S-Bahn-Zukunft:  
Großes Polit-Theater** 2

**Das Gebot der Vernunft spricht  
für den Plan A** 3

**U5 nach Pasing nur im Tunnel** 5

**Das Amerikahaus für acatech?  
Ein Schildbürgerstreich** 5

**Gemeinden der NordAllianz boomen:  
Im Norden geht die Post ab** 7

**Bürgerbeteiligung ist zu lernen** 8

**Informationsfreiheitsgesetz:  
Die Stadt muss informieren** 9

**Kirchen in der Maxvorstadt:  
Was sakrale Orte kennzeichnet** 12

**Reihe STADTfragen geht weiter:  
Bewerbungen bis Juli möglich** 13

**Lärmschutz in München:  
Kein weiteres Tempo 30** 14

**Paulanergelände  
Bürgerbeteiligung gefordert** 15

**Wohnungspreise steigen weiter** 16

**Ein Blick nach London** 16

**Wohnflächenwachstum gebremst  
Bürger wurden anspruchsvoller** 17

**Der Olympiapark  
Landschaft für Menschen** 17

**Neues Buch zur Stadtentwicklung** 19

**Leserbriefe zur S-Bahn, zur Fuß-  
gängerzone, zu Tempo 30 und zum  
Zukunftskongress** 21

## IMPRESSUM

### Münchner Forum e.V.

Schellingstr. 65, 80799 München  
verantwortlich: U. Ammermann

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffen Themen. Obiger Inhalt entspricht daher nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß zitieren, aber nur mit Quellenangabe. Falls Sie unsere Standpunkte nicht mehr erhalten oder sie jemandem gern zukommen lassen möchten, genügt ein Mail an info@muenchner-forum.de

**Soll alles auf die eine Karte Zweiter Tunnel gesetzt werden? Es gibt Alternativen:**

## **Großes Polit-Theater um den S-Bahn-Ausbau**

**Die Debatte hat die Sachebene verlassen und ist zum Wahlkampf-Theater geworden. Was den Bürgern in der Region und was der Stadtentwicklung wirklich nützt, wird kaum mehr erörtert. Wir fordern eine Rückkehr zur Sach-Erörterung. Dazu ist der „Plan A“ eine gute Grundlage.**

Hier zunächst eine schlaglichtartige Zusammenfassung von Meldungen ab April 2012:

**Das offizielle Aus** für den zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnel **rückt in greifbare Nähe**. [...] Staatskanzleichef Thomas Kreuzer [...] bestätigte, dass eine Entscheidung zum Aus der Stammstrecke unmittelbar bevorsteht. (Münchner Merkur, 18.04.2012)

**„Dieses Theater müssen wir beenden“**: Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich von den Plänen für einen zweiten S-Bahn-Tunnel bis auf weiteres verabschiedet. Chancen zur Einigung mit seinem Herausforderer bei der Landtagswahl, Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), über die umstrittene Vorfinanzierung sieht Seehofer nicht. (SZ online 18.04.2012)

„Wenn von Investitionssummen her manche Dinge schlicht und einfach nicht ausgehen, dann kann man sich nicht mit seinem OB-Hintern irgendwo in eine gesetzliche Nische festfressen, sondern dann muss man auch einmal ein Stück darüber hinausgehen“, echauffierte sich [Bundesverkehrsminister] **Ramsauer** in Andechs. Den Bau der zweiten Stammstrecke hält er für erledigt. (SZ online vom 22.4.2012)

Im Gespräch mit der SZ kommentierte er [Ude] dessen [Ramsauers] Wutausbruch: „Bevor man mit dem Bettelstab an die Stadtpforte klopft, wirft man erst einmal unter Absingen schmutziger Lieder einige Fenster ein.“ Ihn empöre, dass sich bislang weder der Freistaat noch der Bund offiziell mit der Bitte an die Stadt gewandt hätten, bei der Tunnelfinanzierung zu helfen. (SZ online vom 22.4.2012)

„Wir erleben scheinbar eine beispiellose **Bankrotterklärung**“, schimpfte OB Ude. ... Rechtlich ist Ude auf der sicheren Seite. Die S-Bahn ist Sache des Freistaats. [...] Die CSU aber lässt nicht locker: „Ude macht Basta-Nein-Politik.“ (Münchner Merkur 18.04.2012)

**Ein Tunnel wird begraben**. ... Horst Seehofer oder Peter Ramsauer tragen ein gehöriges Maß an Mitschuld am Scheitern des Projekts. [...] Man kann das Gezeter und Gezerre nicht mehr hören. (SZ 18.04.2012)

Dabei wird das Ringen um die zweite Röhre zum **Machtkampf zwischen zwei Wahlkämpfern**. [...] Unter Beschimpfung warfen sich CSU und OB Ude gestern gegenseitig vor, am Ende Schuld zu sein. (AZ 18.04.2012)

„Der Tunnel wäre doch **deutlich teurer geworden als 2,2 Milliarden Euro**. Das Geld hätte dann wieder nicht gereicht. [...] Wenn der Münchner OB nicht so lange an dem Projekt festgehalten hätte, hätte sich auch die Staatsregierung früher davon verabschiedet.“ (Martin Runge, Vorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion, im Münchner Merkur 20.04.2012)

„Einen **Plan B** gibt es nicht.“ (MVG-Chef Alexander Freitag am 20.04.2012 in der SZ – dass Freitag sich mit dieser offensichtlichen Unwahrheit an die Öffentlichkeit traut, ist schon erstaunlich – oder hat er vom breit publizierten „Plan A“ keine Kenntnis genommen?)

„**Viele kleinere Maßnahmen**, etwa der viergleisige Ausbau Pasing-Buchenau oder Express-Strecken setzen immer den zweiten Tunnel voraus.“ (Bayerns Ex-Verkehrsminister Otto Wiesheu am 22.04.2012 in SZ online – auch diese Behauptung hat der „Plan A“ bereits klar widerlegt.)

Im Pressegespräch zum Thema „Nach endlosem Gezerre um die 2. Stammstrecke: Es ist höchste Zeit für eine sachgerechte Moderation“ fordert **Oberbürgermeister Christian Ude** eine Klärung der Sachfragen in einem fair moderierten Prozess und schlägt Dr. Peter Gauweiler als Moderator vor. [...] Die einzige Erklärung des Bundesverkehrsministers am vergangenen Wochenende offenbart den Unwillen, sich in sachlicher Weise an einer Problemlösung zu beteiligen. (Rathaus Umschau 25.04.2012)

**Es ist eine groteske Zumutung**, wie sich Ministerpräsident Seehofer und Münchens OB Ude beim S-Bahn-Ausbau verhalten. Um ihren Streit beizulegen braucht es keinen Mediator. Auch nicht Gauweiler. Sondern einfach nur ein Telefon. (SZ Online 25.04.2012)

Ausdrücklich begrüßt hat Oberbürgermeister Christian Ude die gestrige Beschlussfassung des bayerischen Kabinetts zum Bahnknoten München: „Auf die Beschimpfung der Unschuldigen folgen jetzt **endlich Appelle an die Verantwortlichen** [...] Der gestern eingegangenen Einladung des Ministerpräsidenten zu einem Gespräch in der Staatskanzlei werde ich selbstverständlich baldmöglichst Folge leisten.“ (Rathaus Umschau 26.04.2012)

**Schäuble: München soll zahlen, nicht nur vorstrecken.** Wenn München die dringend benötigte zweite S-Bahn-Stammstrecke will, dann soll die Stadt Geld vorstrecken: So lautete bislang die Forderung. Doch jetzt zeigt sich, dass es sich nicht um eine Vorfinanzierung handelt, sondern keine Rückzahlung erfolgen soll. Oberbürgermeister Ude ist stinksauer. (SZ online 27.04.2012)

**Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil** (FDP) [...] will die zweite Stammstrecke für die Münchner S-Bahn haben. Nur dann, wenn diese Strecke gebaut werde, rechne sich auch der Ausbau von Außenästen der S-Bahn, wie der der S 4 zwischen Pasing und Eichenau, sagte der Minister [...] und forderte die Landeshauptstadt auf, 350 Millionen Euro für den Bau des zweiten S-Bahntunnels vorzufinanzieren. Der Freistaat sei zu einem Baukredit an den Bund in gleicher Höhe bereit. (SZ online 29.04.2012) GBr

### **Bei der S-Bahn spricht das Gebot der Vernunft für den Plan A -Ein Appell**

*Zu bezahlen hätten den Tunnel nach der geltenden Finanzverfassung Land und Bund. Denn der Regionalverkehr ist deren Sache, nicht die der Stadt. Also müssten nach der wohlwogeneren und bewährten Arbeitsteilung zwischen Stadt, Land und Bund letztere den Tunnel finanzieren – müssten, wenn sie denn wollten. Die Forderung der Mitfinanzierung durch die Stadt verkennt völlig die Aufgabenfülle der Gemeinde. Daher fordern die Städte seit langem eine bessere Finanzausstattung: „Reformiert werden muss die Finanzausstattung der Kommunen für alle jene Aufgaben, die der Bund ihnen gesetzlich übertragen hat“, sagte die langjährige Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) 2010 als Präsidentin des Städtetages. Diese Haltung hat auch der gegenwärtige Präsident Christian Ude. Dabei sind die Sozialausgaben, die Kinderbetreuung und der Wohnungsbau in München am drängendsten. Sollte sich eine Mitfinanzierung durch die Stadt auf Kosten des sozialen Friedens nicht vermeiden lassen, dann sollte die Stadt aber auch ihre Belange gleichrangig neben den Regionsbedürfnissen einbringen dürfen.*

*Nun will Ministerpräsident Horst Seehofer mit der Stadt trotzdem über eine Kostenbeteiligung für den Tunnel verhandeln. Der Staat, heißt es, kann die Kosten für den Tunnel nach bisherigen Aussagen nämlich ebenso wenig stemmen wie den schon beerdigten Transrapid zum Airport; diese lagen etwa gleich hoch. Nüchterne Rechner haben das lange vorausgesagt und frühzeitig Alternativen entwickelt.*

*Freistaat und Stadt haben von diesen Alternativen nichts wissen wollen. Der Freistaat hatte sogar, um die Diskussion zu beenden, sich von Gutachtern einen Vergleich des Tunnels mit dem Südring bestellt mit der Vorgabe: Für einen Südring-Ausbau müsse der jetzige Südring komplett neu gebaut werden. Das Ergebnis: für zwei zusätzliche oberirdische Gleise wurden höhere Kosten pro Kilometer errechnet als für eine U-Bahn-Strecke gleicher Länge. Mit dieser Vorgabe wurde der Vergleich zum Totschlagargument.*

*Vom Tisch gewischt hat die Tunnel-Koalition damit jeden Gedanken an Alternativen. Noch letzte Woche behaupteten MVV-Geschäftsführer Freitag und der bayerische Ex-Verkehrsminister Wiesheu wahrheitswidrig, solche Alternativen lägen nicht vor. Doch es gibt sie ausgearbeitet. Solche Alternativen favorisieren ein Bündnis von Bahnexperten, Stadtentwicklungsplanern und Umweltverbänden, dem die Lösung der Münchner Mobilitätsaufgaben ebenso am Herzen liegt wie dem Freistaat und der Stadt. Dieses Bündnis spricht seit langer Zeit aus, was die Tunnel-Koalition ebenso lange zu bemänteln versuchte: Der Tunnel ist nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nicht finanzierbar, auch wenn anfangs etwas anderes behauptet wurde, und bringt für Münchens Nahverkehr keinen Fortschritt in der Flächenbedienung. Diese Verbesserung ist aber ein Gebot der Stunde angesichts des Zuzugsdrucks.*

Der Tunnel zementiert ohne Not die sternförmige Struktur des S-Bahn-Systems. Dabei sagen viele Fachleute, dass München ein Verkehrsnetz und nicht nur einen Verkehrsstern benötigt. Tunnel Nummer 2 würde das sternförmige Verkehrssystem für ein weiteres Jahrhundert unverrückbar in den Grund betonieren. Hunderttausende Personen aus der Region zusätzlich könnten den Marienplatz überfordern. Die U3 und U6 unter dem Rathaus sind für den zusätzlichen Umsteigebedarf trotz Bahnsteigerweiterung nicht ausgelegt. Von Sicherheitsbedenken des S-Bahn-Tiefunnels einmal abgesehen.

Angeblich haben viele S-Bahn-Kunden auf Befragen erklärt, sie wollten aber eben zum Rathaus. Stimmt das, dann müsste die Masse der Münchner Arbeitsplätze, müssten zahllose Behörden und Ämter, Ärzte und Anwälte, Geschäfte und Kneipen fußläufig vom Rathaus erreicht werden können. Jeder weiß, dass das nicht stimmt, dass sehr viele S-Bahn-Benutzer vielmehr umsteigen müssen.

Will man den Umsteigebahnhof Marienplatz nicht hoffnungslos überlasten, müssen andere Netzknoten am Südring zum Umsteigen attraktiv gemacht werden: der Heimeranplatz (S und U4/5), die Poccistraße (S und U3/6), der Kolombusplatz (S und U1/2/7).

Entwickelt man diese Bahnknoten richtig, wirken sie auch zugunsten der Stadtentwicklung. Beidseits des Südrings gibt es viel Potenzial: am alten Südbahnhof, auf dem Schlachthofareal, auf dem Paulaner-Gelände, das ja neu bebaut werden soll. Fachleute der Stadtentwicklung geben das hinter vorgehaltener Hand auch freimütig zu. Aber offen reden mag niemand, so lange das Rathaus am zweiten Tunnel festhält.

Von 1,6 Milliarden Euro für den Tunnel ist zuletzt die Rede gewesen – Preisstand 2006. Sechs Jahre später und eingedenk üblicher Kostensteigerungen muss man zwei Milliarden Euro Kosten allein für den Tunnel erwarten. Staatsminister Zeil bestätigt mittlerweile 2,5 Milliarden Euro. Kritiker dieses Projekts waren im Rathaus aber nicht gern gesehen, war das doch ein gegen alle Fachlichkeit – auch der Stadtplanung selbst – mühsam erreichter Kompromiss.

Dieses Geld wird für das Münchner Verkehrsnetz wirklich gebraucht. Aber es darf nicht ausschließlich für einen Tunnel allein bestimmt sein. Es muss dem gesamten Netz zugute kommen, nicht zuletzt auch den Außenästen. Mit einem stufenweise auszubauenden Südring ist das zu leisten.

Langfristig orientierte Verkehrspolitik ist auch Stadtentwicklungspolitik. Dass München sich weiter entwickeln muss, soll und kann, wird Oberbürgermeister Christian Ude nicht müde zu betonen. Das ist allseits Konsens. Dann sollte er aber auch die Weichen in der Verkehrspolitik richtig stellen. Der Freistaat wird das nicht tun. So sehr dieser für die S-Bahn zuständig ist, so wenig will er auch für München zuständig sein. Das ist das Feld des Stadtrats, des Oberbürgermeisters und der Verwaltung, die sich bisher wegen des Kompromisses einen Maulkorb umhängen ließ.

Hat jemand im Freistaat und in der Stadt den alternativen „Plan A“ eines Bündnisses zahlreicher Bahnexperten schon ernsthaft durchrechnen lassen? Seit Jahren weist dieses Bündnis nach, dass mit den alternativen Plänen mehr für den öffentlichen Verkehr erreicht werden kann als mit einem zweiten Tunnel unter dem Marienhof.

Eine zweite Stammstrecke ist dringend notwendig, insofern alternativlos. Aber eine Alternative zum Tunnel gibt es durchaus: Auch für den Südring sind Staat und DB zuständig und muss dessen Ausbau finanzieren. Auch dieser Ausbau wäre nach der gesetzlichen Lage eine „Infrastruktur für Stadt und Land“ – aber eine, die auch die Stadt entwicklungspolitisch nach vorn bringt.

Das Umland muss besser und schneller an die Stadt angebunden werden. Jeder fordert das. Auch ein auszubauender Südring löst diese Aufgabe. Er kann es sogar besser. Denn der „Plan A“ kalkuliert auch den Ausbau der S-Bahn-Außenäste mit ein. Die zweite Tunnelröhre hingegen verschiebt diesen Ausbau auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Für diesen Plan A spricht so viel, dass es höchste Zeit ist, ihn ernsthaft mit ins Kalkül zu ziehen, statt ihn als politisch nicht opportun zu ignorieren. Erinnern wir daran, dass Politiker mit dem ihnen anvertrauten Steuergeldern sparsam und verantwortlich umzugehen haben. Wenn sie das tun und dem Gebot der Vernunft Priorität einräumen, kommen Staat und Stadt am Plan A nicht vorbei.

### **Hier noch einmal schlaglichtartig die Nachteile, die das Tunnelkonzept bewirken würde:**

- nur zehn Prozent mehr S-Bahnen durch München
- weniger Fahrten zum Karlsplatz und Marienplatz, Isartor und Rosenheimer Platz
- abends generell Ausdünnung auf 30-Minuten-Takt auf 8 von 12 Außenästen (S2 Petershausen - Holzkirchen und S7 Wolfratshausen - Kreuzstraße weiterhin alle 20 oder 20/40 Minuten)
- Ausdünnung des 10-Minuten-Taktes auf 15 Minuten auf fünf Außenästen, die heute in der Hauptverkehrszeit alle zehn Minuten befahren werden Zementierung des zentrierenden Schienensterns statt Ausbau des flächenhaft erschließenden Schienennetzes und Zementierung des 15-Minuten-Taktes auf Außenästen
- unterschiedliche Bahnsteige am Ostbahnhof (oben und tief), Hauptbahnhof (tief und sehr tief) sowie Marienplatz/ Marienhof
- deutlich weniger Regionalzüge von München Richtung Allgäu nach Ausbau der S 4-West. Der Plan A, erarbeitet in einem breiten Bündnis Münchner Verkehrsexperten von Baumgartner / Kantke/ Schwarz, Münchner Forum (Arbeitskreise AAN und Schienenverkehr) über B.U.N.D und VCD bis zu ProBahn, in Ausgabe 1.2012 unserer Standpunkte erläutert, vermeidet diese Probleme. Er macht es möglich, die Außenäste zu ertüchtigen, wenn weniger Schienenwege mit teurem Geld in München in den Boden versenkt werden. Oberirdische Gleise auf dem Südring sind eben preisgünstiger zu haben
- als ein Tieftunnel, auch wenn Gutachter diese offensichtliche Tatsache seinerzeit nicht wahr haben wollten. Wenn es ums Geld geht, spricht alles für den Plan A, auch wenn die Mehrheit unserer Politiker das nicht einsehen wollen.

### **U-Bahn nach Pasing kann im dortigen Bahnhof nicht oberirdisch fahren, sagt die Bahn**

Die Planungen für eine Verlängerung der Linie U 5 vom Laimer Platz nach Pasing haben einen empfindlichen Rückschlag erlitten, berichtete die Süddeutsche Zeitung am 2. Mai. Das bayerische Verkehrsministerium habe in einem Brief an die Pasinger SPD erklärt, dass der Freistaat für eine oberirdische Einführung der U-Bahn-Gleise in den Pasinger Bahnhof keine Möglichkeit sieht. Damit ist diese vermutlich kostengünstigere Variante der Anbindung Pasing's ans U-Bahn-Netz nach S-Ansicht vom Tisch. In der Debatte um den Ausbau des Münchner Nahverkehrs, schreibt die Zeitung, dürfte die Sache für noch mehr Streit sorgen. Denn die Gegner der geplanten zweiten S-Bahn-Stammstrecke führten die U 5-Verlängerung immer wieder als Alternative dazu an.

### **Ministerpräsident Horst Seehofer stellt in der Maxvorstadt die falschen Weichen:**

## **Das Aus fürs Amerikahaus gleicht einem Schildbürgerstreich**

**Ende des Jahres soll Schluss sein mit dem Amerikahaus. Das hat Ministerpräsident Horst Seehofer entschieden. Der Trägerverein soll ausziehen, gegenüber im jetzigen Hauptgebäude der Lotterieverwaltung unterkommen und das Amerikahaus bei Veranstaltungen nur noch gastweise nutzen können – gemeinsam mit acatech, einer Technikwissenschaftsorganisation, die aus der Residenz in das Amerikahaus umziehen soll.**

Nur auf den ersten Blick sieht das vernünftig aus: acatech, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, eine Schwesterorganisation zu den Großforschungseinrichtungen Max-Planck-Gesellschaft und zur Fraunhofer-Gesellschaft, bleibt wie diese München erhalten. Veranstaltungen mit Amerika-bezogenem Inhalt sind auch weiterhin möglich. Und auch das Votum von Kultusminister Spaenle, die Lotterieverwaltung dürfe um keinen Preis aus seinem Wahlkreis nach auswärts ausgesiedelt werden, wird beachtet. Spricht also etwas dagegen?

Gegen diese Lösung (siehe Standpunkte 9/11 Beitrag W. Czisch) spricht so viel, dass Ministerpräsident Horst Seehofer entweder Sachargumente um des politischen Kalküls willen bewusst missachtet hat oder sträflich schlecht informiert ist. Nehmen wir zu seinen „Gunsten“ letzteres an, dann müssen wir an Folgendes erinnern:

*In den Bau soll nun die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften einziehen. „Was halten Sie davon?“, fragte die SZ schon am 4.8.2011.*

Simm: „Ich finde das völlig abwegig. Es gibt wenige Gebäude in München mit einer so langen Geschichte, bei denen der Name sowohl für das Innenleben des Gebäudes als auch für das Gebäude selbst steht. Es ist den Amerikanern zum Dank gewidmet und hat eine historische Lage.“

Das Amerikahaus besteht nur zu 20 Prozent aus Büros. Für die Hauptverwaltung einer bundesweit tätigen Organisation wie der acatech ist es schon deshalb denkbar schlecht geeignet. Im Übrigen argumentiert der damals noch junge Architekt dieses Hauses, der spätere Leiter Hochbau in der Obersten Baubehörde, Hans Simm, politisch (siehe Kasten links). Das Amerikahaus ist eine Institution des demokratischen Wiederaufbaus in München. Sehr absichtsvoll steht es in unmittelbarer Nachbarschaft der nationalsozialistischen

rund um das frühere Braune Haus, auf dessen Grundstück derzeit das NS-Dokumentationszentrum errichtet wird. Der frühere bayerische Ministerpräsident Hans Ehard persönlich hatte die Idee, den Amerikanern in München einen repräsentativen Ort der Demokratie zu verschaffen. Es zeugt von einer bedenklichen Geringschätzung, diese demokratische Aufbauleistung mit einem Federstrich zu kappen. Das NS-Dokumentationszentrum wird keine besonders große Anlage. Seine Planer spekulieren daher längst auf die bestehenden Veranstaltungsflächen im Amerikahaus. Auch andere Organisationen sind dort manchmal zu Gast, etwa der Bezirksausschuss Maxvorstadt. Dass sich alle diese Nutzungen mit dem Standardbetrieb von acatech vertragen, ist nicht zu erwarten.

### **Für acatech gibt es eine bessere Standortalternative: die Alte Akademie in der Fußgängerzone**

Gegen die Verlagerung von acatech ins Amerikahaus spricht vor allem auch, dass es für die acatech eine bessere Standortalternative gibt: mitten in München, für eine Verwaltung bestens geeignet, auch mit Räumen für Veranstaltungen versehen, im Eigentum des Freistaats und demnächst frei. Es ist die Alte Akademie in der Fußgängerzone. Acatech könnte dort zusammen mit einer weiteren, noch zu schaffenden Institution eine sehr angemessene Heimat bekommen: zusammen mit einem Haus des Wissens zur Förderung der *public understanding of science*, also zum besseren Verständnis wissenschaftlicher Arbeit in der Bevölkerung. Was dieses Haus des Wissens zu leisten hätte und wie es ausgestaltet werden sollte, haben wir in den Standpunkten 7.2008 bereits ausführlich dokumentiert. Die Kabinettsmitglieder Spaenle und Wissenschaftsminister Heubisch kennen diese Überlegungen gut. Das Statistische Landesamt, das die Alte Akademie bisher nutzte, zieht aus. Im Finanzministerium gab es Überlegungen, das Anwesen danach zu verkaufen. Muss München an dieser sensiblen Stelle mit noch mehr Kommerz rechnen? Das muss nicht sein. Das Kabinett muss die Weichen nur richtig stellen.

GBr

**Kommunen zw. München und Flughafen nennen sich „beste Adresse in Europa“:**

## **In den boomenden NordAllianz-Gemeinden geht die Post ab**

**Im Speckgürtel nördlich von München nur von Speck zu reden, wäre untertrieben. Den acht Gemeinden zwischen Unterföhring und Neufahrn und von Oberschleißheim bis Hallbergmoos geht es aufs Ganze gesehen so gut, dass ihre Zukunft fast vergoldet erscheint. Weiteres Wachstum ist vorprogrammiert. Zu einer kooperativen Planung mit der Landeshauptstadt sind diese Gemeinden bereit – auf Augenhöhe.**

Sehr freundlich, sehr höflich und sehr vorsichtig wirbt die Münchner Stadtbaurätin Elisabeth Merk in den nördlichen Umlandgemeinden für mehr Kooperation bei der Gestaltung der Zukunft: „Wir brauchen irgendwann [!] einen gemeinsamen Plan.“ Ansätze dafür gibt es durchaus. So hat die Stadt, wie Merk auf einem Kongress über die NordAllianz am 26. April in Unterschleißheim erwähnte, mit ihrer Nachbargemeinde Oberschleißheim gerade einen gemeinsamen Bebauungsplan beidseits der Burgfriedensgrenze für ein Sportgelände aufgestellt. Auch der als Beleg für interkommunale Zusammenarbeit immer wieder zitierte Erholungsflächen- und der Heideflächenverein wurden wieder bemüht. Jenseits davon war aber kaum zu überhören: Die Kooperation der Stadt und der Umlandgemeinden lebt einstweilen vor allem vom Prinzip Hoffnung – wenigstens das. Das ist schon ein Fortschritt. Denn die NordAllianz ist einmal als Abwehrbündnis der kleinen Gemeinden gegen den Platzhirsch München entstanden. Der Unterschleißheimer Erste Bürgermeister Zeitler erinnerte an Militäreinrichtungen und Müllberge in Fröttmaning, hart an der Burgfriedensgrenze. Aber das Militär ist weg und die Müllberge sind geschlossen, werden noch mit Aushub modelliert und danach zum Naherholungsgebiet aufgewertet. Und auch der Frust der Kleinen gegen den Platzhirsch scheint verschwunden.

Das liegt einerseits offenbar daran, dass München seit einiger Zeit klare Kooperationssignale aussendet – zuletzt auf einer zweitägigen Zukunftskonferenz Anfang Februar im Literaturhaus (wir berichteten in den Standpunkten 3.2012). Vor allem aber liegt es am Potenzial der acht Gemeinden der NordAllianz: jede ist 10.000 bis 20.000 Einwohner groß – nur Unterschleißheim ist mit 27.000 Einwohnern größer – und hat jeweils 5.000 bis 14.000 Arbeitsplätze; hier sticht Unterföhring mit 18.000 heraus. Zusammen ergibt das 80.000 Arbeitsplätze und 125.000 Bewohner, das sind noch nicht einmal zehn Prozent der Münchner Bevölkerung, und das auf einem in der Summe annähernd gleich großen Gebiet. Kein Wunder, dass diese acht Gemeinden geradezu strotzen vor Selbstbewusstsein und positiver Zukunftserwartung.

Sie verfügen, sagen sie, über den stärksten Branchen-Mix aller deutschen Regionen, bei Immobilien über den geringsten Leerstand bei zugleich der stabilsten Nutzernachfrage und den geringsten Schwankungen bei den Mietpreisen. Sie haben die wachsende Stadt München und den Wachstumsmotor Flughafen vor der Nase; sie erwarten, dass der schon jetzt 12.000 Studenten versorgende Hochschul-Campus Garching um weitere fünfzig Prozent wachsen wird, verweisen auf weitere Bestandseinrichtungen der Wissensgesellschaft wie Max-Planck-Institute und ein zusätzliches Fraunhofer-Institut, vermelden stolz, dass BMW im Flughafen-Umfeld für seine Forschung und Entwicklung gerade 30.000 Quadratmeter Gebäudefläche angemietet hat und bezeichnen sich *summa summarum* kurzerhand als die für Investoren „beste Adresse in Europa“.

Dabei gibt es durchaus auch limitierende Faktoren. Zeitler nannte für die Wohngebiete seiner Kommune eine Geschossflächenzahl von 1,2 und acht Stockwerke als das maximal Erreichbare. Ein auf 87 Meter Höhe geplantes Wohngebäude hatten die Bürger der Gemeinde verworfen. Das Interesse an zusätzlichem Wohnraum hält an, auch wenn Wohnraum im S-Bahn-Gebiet längst kein Schnäppchen mehr ist. Wie teurer München und auch sein Einzugsgebiet beim Wohnraum im Vergleich zu weniger attraktiven ländlichen Gegenden Nord- und Ostdeutschland sind, zeigte Merk an einem Vergleich: Wer von München nach dort umzieht, bekommt für das, was er in München berappen musste, 38 Prozent mehr Wohnfläche bei einer 25 Prozent geringeren Miete.

Auch Firmen drängen in den Norden von München. Die Nachfrage nach Büroraum war letztes Jahr bereits wieder so hoch wie 2008 und erreichte damit den zweithöchsten Wert (nur 2007 hatten Firmen noch mehr Büroraum neu angemietet). Im ersten Quartal dieses Jahres ist dieser

Index um weitere zehn bis fünfzehn Prozent angestiegen. Unterföhring und Garching sind derzeit mit Abstand die für Firmen beliebtesten Standorte; dort wird mit Büros der meiste Umsatz gemacht. Wenn die NordAllianz wegen seiner Lagegunst zu München und ausreichenden Siedlungsflächen im Gegensatz zur Großstadt dermaßen boomt – warum sollte sie dann überhaupt mit München kooperieren? Weil auch die Umlandgemeinden unerfüllte Wünsche haben, die sie nur gemeinsam mit München verwirklichen können. Mehr als einmal angesprochen wurde auf dieser Tagung der NordAllianz die Struktur des Münchner Tarifverbundes für die Busse und Bahnen. Über die Münchner Stadtgrenze zu fahren, und sei es auch nur ein kurzes Stück, ist nämlich teuer, weil der Burgfrieden zugleich Tarifzongrenze und das Tarifsystern recht kompliziert ist. „So etwas darf in einer Metropolregion nicht mehr sein“, hieß es deshalb. Die jetzige Struktur des MVV-Systems biete in den Bürgern der Umlandgemeinden keine attraktive Alternative zum Auto.

Auch Merk äußerte Wünsche:

- nach besseren Tangentialverbindungen der Stadtrandgebiete und der Umlandgemeinden untereinander, damit nicht jeder Fahrweg zwangsweise durch die Münchner Innenstadt führt (was mit dem 2. S-Bahn-Tunnel geradezu vorprogrammiert wird),
- nach besseren Verknüpfungen der Wohn- und der Arbeitsgebiete – wenn etwa die früheren Kasernenareale durchweg zu Münchner Wohngebieten umgebaut werden und im Umland im großen Stil neue Arbeitsplätze entstehen, muss sich das Pendleraufkommen, das morgens die Stadt verlässt und erst abends zurückkehrt, deutlich verstärken; dazu brauchen auch diese Pendler ein besseres Angebot an Bussen und Bahnen,
- und nach weiterhin guter und wenn möglich noch engerer Zusammenarbeit bei dem Ziel, die freie Landschaft am Rande von München, so weit sie noch besteht, zu erhalten.

München und seine Nachbargemeinden, sagte Merk, bräuchten „gemeinsame Bilder dessen, was wir verteidigen wollen, und für die Richtung, in die wir wollen.“ Zeitler sieht die frühere Verteidigungs-Allianz der Nord-Gemeinden gegen München mittlerweile gewandelt. Er sprach von einer „positiven Allianz“ und erwähnte als Kooperationsthemen die Wirtschaft, die Naherholung, das Wohn- und Arbeitsplatzangebot, die Infrastruktur. Zeitler erinnerte daran, dass der Landkreis München zur Verlängerung der U6 nach Garching seinerzeit U-Bahn-Wagen finanziert hat. „Wenn Partikularinteressen die Stadtentwicklung bestimmen, werden wir keine Stadtentwicklung mehr haben“, sagte Zeitler mit einem Seitenhieb auf Bürger, die Entwicklungsfragen am liebsten nach dem Sankt-Florians-Prinzip gelöst sehen: bitte nicht vor meiner Tür ..., aber auch mit dem Blick auf die Zusammenarbeit von Stadt und Umlandgemeinden. Der Wille, gemeinsame Sache zu machen, ist also da. Jetzt muss das Instrument für die Entwicklung und Durchsetzung der Gemeinsamkeiten geschaffen werden. GBr

## **Bürgerbeteiligung – für Investoren kein rotes Tuch, aber ein Buch mit sieben Siegeln**

Der Immobilien-Kongressveranstalter Heuer-Dialog geht mit der Zeit und setzt auch das Thema Bürgerbeteiligung auf die Agenda seiner Kongresse. Wie nötig das ist, zeigte die Tagung in Unterschleißheim außerordentlich drastisch. Viel war davon die Rede, dass Investoren und Politiker die Bürger bei Stadtentwicklungsprojekten bitteschön informieren und sie „mitnehmen“ sollten – frei nach dem Motto: setzen, Mund halten, zuhören – wie Schulbuben! Mit einer Ausnahme kam keiner der Immobilienwirtschaftler, die der Veranstalter um Statements gebeten hatte, auf die Idee, Bürger womöglich nach ihrer Meinung zu fragen, nach ihren Wünschen oder Ängsten, und ihre lokale Expertise zu nutzen. Bürger hätten nun mal „nur“ Partikularinteressen, lautete die Denkscha-blone. Haben Investoren die nicht; haben sie sie, weil es jeweils um sehr viel Geld geht, diese nicht in oft höherem Maß als die Bürger? Wo Bürger in Meinungsbildungsprozessen – etwa bei Bürgergutachten – die Chance haben, Gemeinwohlinteressen kennenzulernen, vertreten viele sie auch. Das zeigt die Erfahrung. In Sachen Bürgerbeteiligung müssen nicht in erster Linie die Bürger die Schulbank drücken, sondern zahlreiche Immobilien-Experten. Eine rühmliche Ausnahme bildet Hannover. Stadtbaurat Uwe Bodemann hat seinen Innenstadtprozess Hannover 2020+ mit den Bürgern entwickelt und gerade deshalb gewonnen. Gemeinsam haben die Hannoveraner Nägel mit Köpfen gemacht: Ab nächsten Monat wird in Hannover gemäß dieser Beschlüsse gebaut. GBr

### Grundsätzlich freier Zugang zu Informationen der Stadt

**Am 1. April 2011 ist die „Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Landeshauptstadt München“, kurz Informationsfreiheitsatzung (IFS) genannt, in Kraft getreten.**

Noch im März 2010 hatte der städtische Datenschutzbeauftragte den Erlass einer derartigen Satzung, beantragt von der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL und Freien Wählern im Juli 2009, abgelehnt. Mit seiner negativen Beurteilung, der zu erwartende Anwendungsbereich sei ohne eine Gesetzesänderung auf Landesebene zu gering und die Kostenbelastung für die Stadt zu hoch, setzte sich der Datenschutzbeauftragte jedoch nicht durch. Der Stadtrat beauftragte ihn vielmehr, die Erfahrungen anderer Städte mit derartigen Satzungen zu recherchieren und dementsprechend eine neue Vorlage zu den Stadtratsanträgen aus dem Jahr 2009 zu erstellen (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 3802).

Mit dieser städtischen Informationsfreiheitsatzung wurde ein wesentliches „strategisches kommunalpolitisches Ziel im Sinne einer Transparenz-Initiative“ (so der Arbeitstitel des Stadtratsantrags der Freien Wähler) erreicht. Zumindest im eigenen Wirkungskreis der Stadt erhält damit die Münchner Bürgerschaft freien Zugang zu amtlichen Informationen. Dies ohne das Erfordernis einer Begründung und ohne Darlegung eines besonderen rechtlichen Interesses. Der Antrag kann schriftlich oder elektronisch gestellt werden (§§ 1, 3 IFS).

Die Stadt ist gehalten, die begehrten Informationen innerhalb eines Monats zugänglich zu machen. Eine Ablehnung hat ebenfalls innerhalb der Monatsfrist schriftlich zu erfolgen und muss begründet werden (§ 5 IFS). Es versteht sich von selbst, dass diese Ablehnung mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen ist. Bei der Ablehnung handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der mit Widerspruch nach § 68 VwGO angegriffen werden kann (vgl. die ausdrückliche Regelung in § 9 Abs. 4 des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes vom 5. Sept. 2005, BGBl. I S. 2722 sowie die sehr hilfreichen „Anwendungshinweise“ zu diesem Gesetz des Bundesinnenministeriums vom 21. November 2005, aufzurufen über die Internetseite der Bundesregierung).

Wird dem Antrag stattgegeben, kann die Information auf verschiedene Weise erfolgen, etwa durch Erteilung einer Auskunft oder durch Gewährung von Akteneinsicht innerhalb der Öffnungszeiten der Verwaltung. Die Anfertigung von Notizen ist gestattet. Es besteht auch die Möglichkeit, Kopien zu beantragen, die auf Wunsch zugesandt werden (§ 4 IFS). Der Antrag kann u.a. abgelehnt werden, wenn der Antragsteller sich die begehrte Information in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen selbst beschaffen kann (§ 4 Abs. 5 IFS). Hier stellt sich die Frage, auf welche Art von Quellen verwiesen werden kann, also z.B. auf die Publikation im Städtischen Amtsblatt, auf die ins RIS eingestellten Beschlüsse und Anträge, auf die ins Netz gestellten Protokolle der Vollversammlungen des Stadtrats sowie auf die seit 2004 ausschließlich digital publizierte Stadtrechtssammlung. Im Gegensatz zur früheren Stadtrechtssammlung in Print-Form sind die Informationen zu Bebauungsplänen separat nur noch unter [www.muenchen.de/](http://www.muenchen.de/) Stadtverwaltung/ Stadtplanung/ Bebauungspläne aufrufbar.



Die Stadt muss informieren – nicht nur den Stadtrat, sondern auch den einzelnen Bürger. Bild: Stadt München

Der Informationsanspruch ist ausgeschlossen, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Ansprüche Einzelner entgegenstehen (§ 6 Abs. 1 IFS). Das ist der Fall, wenn eine gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Geheimhaltung besteht (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 IFS), wenn es sich um schützenswerte personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzes oder um Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse (§ 6 Abs. Nrn. 2, 3 IFS) handelt. Der Schutz der Vertraulichkeit von Beratungen ist gewährleistet.

Auskünfte in Bezug auf Entwürfe, Notizen, vorbereitende Stellungnahmen und Protokolle aus vertraulichen Beratungen sind damit ausgeschlossen (§ 6 Abs.2 Nr. 4 IFS). Dies gilt u.a. für die Beratungen des Ältestenrats. Ob für sämtliche Beratungen und Beschlüsse in nicht-öffentlicher Sitzung ein Offenlegungsverbot greift, bedarf der Diskussion.

Die Stadtverwaltung ist nicht gehalten, Informationen „preiszugeben“, mit denen gerichtliche oder behördliche Verfahrensabläufe oder behördliche Entscheidungsbildungsprozesse gefährdet werden können (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 IFS). Die Zielrichtung dieser Regelung liegt auf der Hand. Sind gerichtliche Verfahren anhängig, will die Stadtverwaltung keine Auskünfte erteilen, die ihren Rechtsstandpunkt „schwächen“. Dies ist nachvollziehbar, da die Prozessbeteiligten im Rahmen der jeweils geltenden prozessualen Verfahrensregeln (ZPO; VwGO) agieren können.

Abzuwarten bleibt, ob und in welchen Fällen Auskünfte mit der Begründung abgelehnt werden, daß „behördliche Verfahrensabläufe oder der Entscheidungsbildungsprozess gefährdet werden könnten“. Sinn der Informationsfreiheitsgesetz ist es gerade, die Transparenz administrativer Entscheidungsabläufe dadurch herzustellen, dass sich interessierte Bürger das notwendige „Verwaltungswissen“ verschaffen können.

Damit werden bisher vorhandene Informationsbarrieren beseitigt. Fakten, die bislang nur der Administration bekannt waren, können in die Bürger-Argumentation eingebracht werden und damit die Entscheidungs-Findung bzw. Entscheidungs-Bildung beeinflussen. Damit werden so angereicherte politisch-administrative Entscheidungsvorgänge für die Verwaltung weder einfacher noch „schlanker“. Darin eine „Gefährdung“ des behördlichen Verfahrensablaufs zu sehen, verkehrt den Sinn der IFS ins Gegenteil.

Die Erteilung von Auskünften ist grundsätzlich kostenpflichtig, hierüber ist der Antragsteller rechtzeitig zu informieren (§ 8 IFS). Der Kostenrahmen ist in der städtischen Kostensatzung geregelt, aufrufbar in der digitalen Stadtrechtssammlung ([www.muenchen.de/Stadtilfos/Stadtrecht/KostenS995/KommunalesKostenverzeichnis](http://www.muenchen.de/Stadtilfos/Stadtrecht/KostenS995/KommunalesKostenverzeichnis)). Nur mündliche und einfache schriftliche Auskünfte (auch bei Herausgabe von wenigen Abschriften) sind gebührenfrei. Ansonsten bewegt sich der Kostenrahmen zwischen 15 und 500 Euro. Diese Kostenregelung und insbesondere die konkrete Ausfüllung des Kostenrahmens können im Einzelfall „prohibitiv“ sein. Auch hier bleibt abzuwarten, welche Praxis sich innerhalb der Stadtverwaltung entwickeln wird.

### **Die Informationsfreiheitsgesetz in der Praxis**

*„Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes. Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich“* (BVerfGE 40, 296, 327 u. NJW 1975, S. 2331). Diese Kernaussage des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1975 zu Demokratieprinzip und Transparenz gilt auch für das Verhältnis von Bürgerschaft und „Rathaus“. Die aus dem Auskunftsrecht erwachsende Transparenz ist Grundlage der Vertrauensbildung zwischen Bürgern und Administration. Der erleichterte Zugang zu politisch-administrativen „Wissens-Ressourcen“ ist für eine effizientere bürgerschaftliche Teilhabe an den administrativen Entscheidungsvorgängen unverzichtbar. Der rechtlich gesicherte Zugang zu administrativen Fakten ermöglicht den Bürgern die Diskussion mit dem Rathaus „auf Augenhöhe“. Die IFS wird zwingend zu einem Umdenken der Verwaltung im Umgang mit vertraglichen Vereinbarungen führen. Bisher war die Geheimhaltung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Verträgen der Regelfall. Nach der IFS wird aber die Geheimhaltung zur Ausnahme und bedarf besonderer Begründung. Einige aktuelle Beispiele illustrieren den Anwendungsbereich der IFS und den Zusammenhang mit dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz.

### **Offenlegung von öffentlich-rechtlichen Verträgen**

Soweit es sich um öffentlich-rechtliche Verträge, z.B. zwischen der Stadt München und dem Freistaat Bayern, handelt, ist auszuschließen, dass diese Verträge „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ beinhalten oder deren Inhalt „vertraglich geheim zu halten ist“ (§ 6 Abs. 2 Nr. 1, Nr. 3 IFS).

Verträge zwischen der Stadt München und dem Freistaat Bayern, in denen die Stadt z.B. den Unterhalt staatlicher Grünflächen übernimmt, unterliegen der Offenlegung nach der IFS. Daher

wurden mir vom Baureferat auf Antrag Kopien der Unterhaltsverträge zwischen Stadt und Freistaat für den Alten Botanischen Garten, den Maßmannpark und die Grünanlagen der Glyptothek am Königsplatz überlassen.

Die Rechnung für die angekündigten Kosten der Auskunft von 60 Euro wurde noch nicht gestellt. Angesichts der Bedeutung öffentlicher Grünflächen im innerstädtischen Bereich, insbesondere im Museumsquartier, sind die Details dieser Unterhaltsverträge für das „bürgerschaftliche Know-how“ von besonderem Gewicht.

Der Unterhaltsvertrag für den Alten Botanischen Garten, 1959 auf die Dauer von 50 Jahren geschlossen, ist 2009 ausgelaufen. Meine Anfrage, ob überhaupt und ggf. für welchen Zeitraum der Vertrag verlängert wurde, ist bisher von der Stadtverwaltung nicht beantwortet.

Als öffentlich-rechtliche Verträge sind auch sog. städtebauliche Verträge einzustufen. Diese werden bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zwischen Stadt München und Bauträgern abgeschlossen, um Defizite bei der kommunalen Infrastruktur zu kompensieren. Nach gefestigter Verwaltungstradition wurde die Höhe der vereinbarten Zahlungen der Bauträger in der Vergangenheit als „Betriebsgeheimnis“ deklariert und daher der Vertrag insgesamt von der Stadt nicht offengelegt. In Zukunft muss dem Informationsanspruch der Bürger zumindest dadurch Rechnung getragen werden, dass die „schützenswerten Zahlungen“ geschwärzt werden und der Vertrag im Übrigen offen gelegt wird.

Wenig bekannt ist, dass die Frage „Wem gehört die Isar in München?“ zwischen Stadt und dem Freistaat seit 1865 umstritten ist. Die Stadt ist zwar im Grundbuch als Eigentümerin der Flussgrundstücke zwischen Flauchersteg und Max-Joseph-Brücke eingetragen. Dagegen beansprucht der Freistaat jedoch – wie aus den Eintragungen im Grundbuch ersichtlich – bis heute das Eigentum an diesen Grundstücken.

Ungeachtet der äußerst strittigen Eigentumsfrage ist es den Juristen des Baureferats und der Obersten Baubehörde 1978 gelungen, durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung die Verteilung der Unterhaltslast für die Isar zwischen Stadt und Staat einvernehmlich zu regeln. Dieser Vertrag aus dem Jahr 1978, basierend auf Art. 44 BayWG, ist Zeugnis hoher Verwaltungskunst und bis heute wesentliche Grundlage für die Isar-Diskussion. Der Vertrag sollte deshalb offen gelegt werden.

Dies vor allem, weil es sich um ein wichtiges Dokument politisch-administrativer Geschicklichkeit im Sinne der „Bricolage“ handelt, dem Vorbildwirkung für die Lösung aktueller Streitfragen zwischen Freistaat Bayern und Stadt München zukommt. Beispielsweise bei der Frage der Finanzierung der zweiten Stammstrecke.

### **Offenlegung privatrechtlicher Verträge**

Auch privatrechtliche Vereinbarungen, insbesondere Grundstücksverträge zwischen Stadt und Dritten, werden bisher entsprechend der kommunalen Praxis nicht offengelegt. Gerade in diesem Bereich dürfte es in Zukunft erhebliche Konflikte bei der Anwendung der IFS geben.

Ein aktuelles Beispiel: In herausragender Lage im Landschaftsschutzgebiet der südlichen Isarauen hat die Stadt München ein mehrere Hektar großes Grundstück an einen privaten Golfclub verpachtet. Das Kommunalreferat lehnt es aktuell unter Berufung auf „Datenschutz“ und damit auf angeblich schützenswerte Interessen seines Vertragspartners ab, Auskunft über die Laufzeit des Pachtvertrags zu erteilen. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob diese Auskunftsverweigerung den Bestimmungen der IFS entspricht.

Auch Erbbaurechtsverträge sind wesentliches Gestaltungselement für die Liegenschaften der Stadt München. Erbbaurechtsverträge sind z.B. für die städtischen Grundstücke auf der Praterinsel (Alpines Museum) und auf der Museumsinsel (Deutsches Museum, Konzertsaal-Debatte) geschlossen. Besteht hierzu ein Anspruch auf Offenlegung, zumindest der Laufzeit und der wesentlichen vertraglichen Bindungen? Man darf gespannt sein, wie diese offenen Fragen in der städtischen Praxis beantwortet werden.

## **IFS gehört auf den bürgerschaftlichen Prüfstand**

Es bleibt zu hoffen, dass die IFS verstärkt auf den bürgerschaftlichen Prüfstand kommt und ihr Vollzug durch die Stadtverwaltung künftig mit dem Gütesiegel „Bürgerfreundlicher Vollzug“ zertifiziert werden kann. Der bayerische Gesetzgeber bleibt aufgefordert, auch für die staatlichen Behörden in Bayern ein Informationsfreiheitsgesetz zu beschließen, wie dies bereits in elf anderen Bundesländern geschehen ist. Ohne eine solche gesetzliche Grundlage muss die IFS der Stadt München auf den eigenen Wirkungskreis beschränkt bleiben und kann nicht auf die Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises ausgedehnt werden.

Das Bayerische Umweltinformationsgesetz vom 8. Dezember 2006 – BayUIG –, GVBl 2006, S. 933 (aufzurufen über das Bayerische Verwaltungsportal, Bürger-Service Bayern-Recht) gewährleistet gegenüber Stadtverwaltung und staatlichen Behörden den Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen.

Damit ist bereits ein wichtiger Bereich des Umweltrechts, zum Beispiel in Bezug auf aktuelle wasserrechtliche Verfahren, die beim Referat für Gesundheit und Umwelt anhängig sind, abgedeckt.

Trotzdem ist aus den dargestellten Gründen der Transparenz, Effizienz und der Einheitlichkeit des Verwaltungsvollzugs ein Bayerisches Informationsfreiheitsgesetz überfällig. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern und auf Bundesebene zeigen, dass derartige Gesetze das bürgerschaftliche Element stärken und für die aktive bürgerschaftliche Teilhabe am politisch-administrativen Geschehen unverzichtbar sind.

Die IFS ist im Volltext in den Internetauftritt der Stadt München eingestellt; aufrufbar über [www.muenchen.de/Stadtilfos/Stadtrecht](http://www.muenchen.de/Stadtilfos/Stadtrecht). Der Stadtratsbeschluss vom 19. Januar 2011, Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 05676, ist aufrufbar im Ratsinformations-System (RIS). Der Stadtrat hat zugleich die Verwaltung beauftragt, bis Ende des Jahres 2013 einen Bericht über die Erfahrungen beim Vollzug der neuen Satzung vorzulegen.

Instruktive Informationen über den aktuellen Diskussionsstand sind u.a. abrufbar über: Bündnis für Informationsfreiheit ([www.informationsfreiheit.org/1799.html](http://www.informationsfreiheit.org/1799.html)), [www.nachgehakt-online.de](http://www.nachgehakt-online.de) sowie [www.befreite-dokumente.de](http://www.befreite-dokumente.de))

Klaus Bäumler

## **Vier Kirchen in der Maxvorstadt stellen sich vom Mai bis Juli 2012 der Diskussion:**

### **Eine Besuchsreihe zeigt, was sakrale Orte heute kennzeichnet**

**Der ökumenische Arbeitskreis „Christen in der Maxvorstadt“ lädt vom 4. Mai bis 20. Juli 2012 zu einer Besuchs- und Gesprächsreihe einiger Kirchen ein. Es geht um neue Raumkonzepte, Raumnutzungen und Raumerlebnisse von Kirchen – auch in Verbindung mit meditativen Momenten: Wie gestalten die christlichen Konfessionen heute ihre Kirchenräume in der Architektur, in der Aufstellung von Altar, Kanzel und Ambo, in Liturgie, Gebet und Musik? Wie entwickeln sich die Nutzungen derzeit weiter, und wirken die Kirchenräume auf die Besucher?**

#### **Der erste Termin ist bereits am kommenden Freitag, dem 4. Mai ab 18 Uhr in St. Bonifaz**

Die benediktinische Abtei- und Stadtpfarrkirche **St. Bonifaz**, Karlstraße 34, entstand 1835-50 unter König Ludwig I. direkt südlich des Königsplatzes. Nach starker Kriegszerstörung wurde sie als Zentralkirche stark verkürzt wieder aufgebaut. Das heutige Raumkonzept folgt dem gemeindeorientierten Grundgedanken des Zweiten Vatikanischen Konzils. Anstelle des früheren Nordteils der Basilika entstand in den 1970er Jahren ein Seelsorgezentrum als spirituelle, soziale und intellektuelle Oase für München und Umgebung. Besuchs- und Gesprächstermin ist am Freitag, 4. Mai 2012 mit Pfarrer Dr. Korbinian Linsenmann OSB: 18.00 h Abendmesse, ca. 18.45 h Raumkonzept + Gestaltung.

Die Alt-katholische Kirche **St. Willibrord** am Altstadtring in der Blumenstr. 36, mit Pfarrbüro in der Maxvorstadt, wurde 1911 als anglikanische Botschaftskirche erbaut und 1929 durch die Alt-katholische Gemeinde übernommen. Die Kirche wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererrichtet, mehrfach renoviert und umgebaut. Bei der Sanierung 2011 erhielt sie eine erstaunlich offene, neue Innengestalt, offen für Gottesdienste auch anderer christlicher Konfessionen. Mittwoch, 16. Mai mit Dr. Liesel Bach: 18.00 h Raumkonzept und Gestaltung, danach Abendgottesdienst.

Die ursprünglich neugotische Evangelisch-lutherische Dekanats-, Universitäts-, Kunst- und Musikkirche **St. Markus** an der Gabelsbergerstraße von 1877 wurde in den Jahren 1936-37, 1954-57 und zuletzt 2006-10 innen weitgehend umgestaltet. Bemerkenswert sind heute die weiträumige, lichte Raumgestaltung, die modernen Prinzipalstücke im Chorraum und die flexible Nutzbarkeit für Gottesdienste, Tagungen, Konzert- und Kulturveranstaltungen im Kirchenraum. Besuchs- und Gesprächstermin ist am Freitag, 15. Juni 2012 mit Pfarrer Rainer Schulz: 18.00 h Raumkonzept und Gestaltung, danach Orgelmusik.

Die Kath. Pfarr- und Universitätskirche **St. Ludwig** von 1829-44 an der Ludwigstraße hat den Zweiten Weltkrieg relativ unbeschadet überstanden. In den 1960er Jahren war sie Vorreiter der liturgischen Umgestaltung katholischer Kirchen nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Parallel zur Vorbereitung der geplanten Innenraum-Sanierung erörtert die Gemeinde derzeit Möglichkeiten einer Neugestaltung der liturgischen Orte. Besuchs- und Gesprächstermin in St. Ludwig ist am Freitag, 6. Juli 2012 mit der Kirchenhistorikerin Gerda Heres-Weiss: 18.00 h Raumkonzept und Gestaltung, anschließend Abendmesse.

### **Werkstattgespräch Freitag, 20. Juli 2012 ab 18 Uhr mit Altabt Lechner und allen Beteiligten**

Das abschließende Werkstattgespräch in St. Bonifaz am Freitag, den 20. Juli 2012 mit Altabt Dr. Odilo Lechner OSB und allen Beteiligten dient dem Erfahrungsaustausch über die Vielfalt der Gotteshäuser als Kraftorte des christlichen Glaubens. Ziel des Gesprächs ist es, unterschiedliche konfessionelle Schwerpunkte wahrzunehmen und Raum zu geben für persönliche intellektuelle wie spirituelle Erfahrungen.

Aus Sicht des Münchner Forums wäre zu fragen, welche Bedeutung die sakralen Orte als öffentliche und gleichzeitig stille Orte in der Stadt haben, welche Rolle sie speziell im Kontext der Maxvorstadt und des Kunstareals wahrnehmen, und welche Anstöße sie hier zur geistigen Auseinandersetzung mit den Lebensfragen unserer Zeit geben.

Martin Fürstenberg

### **Die STADTfragen setzen ihre Gesprächsreihe fort – Einsendeschluss ist Ende Juli**

Im vergangenen Jahr hat das Münchner Forum zum ersten Mal erfolgreich die *STADTfragen* ausgeschrieben. Ziel war es unter anderem, den Austausch zwischen den Generationen zu initiieren und junge Menschen für die Themen des Münchner Forums und ein Engagement im Verein zu gewinnen. Aus mehr als 20 Einreichungen wurden neun studentische Arbeiten zum Thema Stadt ausgewählt und in drei Themenabenden von Dezember 2011 bis Februar 2012 im Import Export in der Goethestraße präsentiert und diskutiert. Der Kreis des Jungen Forums hat sich seither sichtlich erweitert, einige Referenten und Interessierte aus dem Publikum der *STADTfragen* konnten wir bereits für eine Mitarbeit an der zweiten Ausschreibung gewinnen.



Münchner Forum e.V.

Wir schreiben die *STADTfragen* auch in diesem Jahr wieder aus und bitten Sie deshalb, Studierende, Absolventen, Multiplikatoren und Interessierte auf die zweite Ausschreibung der *STADTfragen* aufmerksam zu machen. Studierende und Absolventen Münchner Hochschulen, die sich mit Fragen von Stadt im weitesten Sinn mit

und ohne Bezug zu München beschäftigt haben, können Doktorarbeiten, Abschlussarbeiten, Seminararbeiten, Projekte oder Entwürfe einreichen. Das Münchner Forum bietet einen fachlich unabhängigen Rahmen, um eigene Ideen mit einem Fachpublikum öffentlich zu diskutieren – eine interdisziplinäre Plattform, welche den Austausch zwischen verschiedenen Studiengängen fördert

und neue Blickwinkel auf die eigene Arbeit ermöglicht. Es vermittelt auf diese Weise Kontakte zu Fachleuten aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Hochschulen und Verwaltung, die sich intensiv mit Stadtentwicklung in München beschäftigen. Für eine Bewerbung möchten Interessenten sich das Bewerbungsformular von der Forum-Website herunterladen (<http://muenchner-forum.squarespace.com/stadtfragen>), es ausfüllen und gemeinsam mit der Arbeit (PDF, max. 10 MB) an [info@muenchner-forum.de](mailto:info@muenchner-forum.de) schicken. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2012. Ausführlichere Informationen zur Ausschreibung und die Dokumentation der ersten STADTfragen finden Sie unter [www.stadtfragen.org](http://www.stadtfragen.org) oder [www.muenchner-forum.de](http://www.muenchner-forum.de).

## **Ein Lärmaktionsplan für München – etwas tun oder fast nichts oder nur „prüfen“?**

### **Der Lärmschutz rangiert auf der Stadtrats-Agenda weit hinten**

**Kaum lag ein Münchner Lärmschutzplan vor, als eine Allianz aus drei Stadtratsfraktionen gegen die „Prüfung“ von Tempo 30 zu Felde zog. Da kommen doch Fragen auf. Der Arbeitskreis Lärmschutz hatte deshalb für den 17. April eine Fachveranstaltung vorbereitet. Durch Vertagung im Stadtrat ergab es sich, dass dieser Abend eine Woche vor der Vollversammlung lag. Hier die wesentlichen Ergebnisse.**

2002 hatte die EU die Umgebungslärmrichtlinie erlassen, denn *„Die Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Umweltschutzniveaus ist Teil der Gemeinschaftspolitik, wobei eines der Ziele im Lärmschutz besteht. In dem Grünbuch über die künftige Lärmschutzpolitik hat die Kommission den Umgebungslärm als eines der größten Umweltprobleme in Europa bezeichnet.“* Die Kommunen wurden verpflichtet, Lärmaktionspläne (LAP) aufzustellen. Teilweise von der Verwaltung, teilweise von den Bürgern wurden Vorschläge zur Lärminderung gemacht. Die Stadt hat diese von externen Fachbüros in ihrer Wirksamkeit bewerten lassen. Seit November 2011 liegt nun ein Entwurf vor, der in den nächsten Monaten nochmals der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt werden muss.

#### **24 Straßenabschnitte gelten als besonders laut und Handlungsbedarf dort als dringlich**

Als „Hotspots“ des Lärms (sehr laut + sehr viel Betroffene) wurden 24 Straßenabschnitte in die erste Priorität eingeordnet. Hier wurden im wesentlichen vier Maßnahmen vorgeschlagen:

- Schallschutzfenster (17 mal, teils in Kombi mit anderen Maßnahmen)
- Lärmarme Straßenbeläge an einigen Abschnitten des mittleren Ringes (5 mal – falls Lärminderung und Haltbarkeit ausreichen – vorerst Abwarten und weitere Untersuchungen)
- Geschwindigkeitsreduzierung nachts (4 mal), nur für LKW nachts (2 mal), ganztags (4 mal) zu PRÜFEN . Dies betrifft vor allem Hauptverkehrsstraßen innerhalb des mittleren Rings
- vertiefende Untersuchung (3 mal).

In seinem Vortrag „Wirkungen von Lärm und Möglichkeiten der Minderung in Städten“ legte Matthias Hintzsche vom Umweltbundesamt den Nutzen verschiedener Maßnahmen dar. Gesundheits- und Umweltreferent Joachim Lorenz stellte den Münchner Aktionsplan vor. Der Moderator und Akustikexperte Gerd Steger stellte klar, dass Schallschutzfenster beim Aufenthalt in der Wohnung schützen, aber nicht im Freien, sie sind also keine Maßnahme im Sinn der Umgebungslärmrichtlinie. Urbane Qualitäten sind dadurch nicht zu erwarten. Lärmarme Straßenbelag kostet und Fehler beim Einbau haben ihn in München diskreditiert. Die schnellste und billigste Maßnahme ist Tempo 30 an innerstädtischen Straßen, kostengünstig kann man hier Verkehr beruhigen, nebenbei noch Verkehrssicherheit und Energieeinsparung gewinnen.

#### **Drei Stadtratsfraktionen hören weg, wenn es um Lärminderung durch Tempo 30 geht**

Nun wurden Vertreter der vier Stadtratsfraktionen befragt. Für Heide Rieke (SPD) sind passive Maßnahmen (Schallschutzfenster) nachrangig, auch wenn sie für die einzelnen betroffenen Haushalte erhebliche Fortschritte brächten. Mit einer Verlangsamung des Verkehrs erreiche man bei vielen Straßen jedoch immer noch nicht die angestrebten 60 dB(A). Zudem lebten in manchen

Straßenabschnitten nur 15 – 100 Personen, die von Lärmschutz profitieren. Das hält Rieke für wenig überzeugend. Tempo 30 sei den Autofahrern auf keinen Fall zuzumuten, da schon auf 85 Prozent der Münchner (Neben-)straßen Tempo 30 vorgeschrieben sei. Es sei ein Konsens mit den Autofahrern erreicht worden, dass sie sich hieran halten und zum Ausgleich auf den Hauptverkehrsstraßen ungebremst vorankommen dürften. Sonst würde der Verkehr von Hauptstraßen wieder ins Nebenstraßennetz ausweichen.

Dr. Manuela Olhausen (CSU) erklärte, das das Durchschnittstempo liege in München ohnehin nur bei 37 km/h. Weitere Limitierungen würden zu einem Schnitt von 25 km/h führen. Auch brauche es die Grüne Welle. Sie hält es für richtig, den Mittleren Ring gänzlich zu untertunneln. Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs forderte sie die Fortführung der U-Bahn von Laim nach Pasing. Dem Radverkehr wünsche sie als Radfahrerin mehr Sicherheit, sei aber dagegen, Radspuren auf Kosten der Autospuren zu markieren. Ihr Fazit: „Wir müssen alle Verkehrsteilnehmer ordentlich bedienen. Wir brauchen auch die Autos.“



Die Stadträte Nallinger, Hoffmann, Olhausen und Rieke (von links). Bild: Preuß-Bayer

Sabine Nallinger (Grüne) bekommt viele Klagen über Lärm aus der Bevölkerung. „Wenn ein Viertel der Menschen vom Straßenverkehr belästigt werden, muss ich mich als Kommunalpolitikerin darum kümmern.“ Sie sehe, dass Tempo 30 gute Wirkungen habe und wolle den Prüfauftrag. Die Förderung von Fuß- und Rad- und öffentlichem Verkehr.“

müsse viel rascher vorangehen. „München hat viele Anstrengungen unternommen, aber das reicht nicht, da bin ich ungeduldiger.“ Dr. Karl Hoffmann (FDP) teilt die Ansichten von Heide Rieke und möchte zusätzlich nachts die Ampeln abgeschaltet wissen, um das Stop-and-Go auf leerer Straße zu verhindern. Auch dies sei eine lärmindernde Maßnahme. Die Grünen benachteiligten hingegen bestimmte Verkehrsformen. Bürgerinnen und Bürger sowie Bezirksausschussmitglieder aus verschiedenen Stadtteilen ließen sich von einer disziplinierten, sachkundigen und von viel Ortskenntnissen getragenen Diskussion nicht abhalten. Sie brachten weitere Vorschläge zur Lärminderung ein, z.B. City-Logistik.

Gunhild Preuß-Bayer

### Was wird aus dem Paulanergelände?

## Bezirksausschuß Au-Haidhausen will Bürgerbeteiligung schon vor Eckdatenbeschluss

**Die Zukunft des bisherigen Paulaner-Geländes lässt nichts Gutes ahnen: Nach Auskunft der Haidhausener BA-Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will (SPD) sind dort, auf der Isarhangkante, sieben zehngeschossige Punkthäuser im Gespräch. Sie täten dem Stadtbild ebenso Gewalt an wie die Betongebirge, die das Gelände hinter der Hochstraße bereits jetzt bestimmen. Der massivste Riegel ist bekanntlich der des Hotels Holiday Inn über dem Motorama gegenüber vom Gasteig. Der BA befürchtet auf dem jetzigen Paulaner-Gelände eine ähnliche Entwicklung. Er will diese nicht dulden.**

Was als Nachnutzung auf dem Paulaner-Gelände absehbar scheint, gefällt dem BA nicht. Schon die Bebauung des Bernbacher-Geländes neben dem Tassiloplatz läuft nicht nach den Wünschen des Bürgergremiums. Zwar soll Fuß- und Radweg zwischen den Welfenhöfen auf der westlichen

Seite des Tassiloplatzes und dem Eisenbahn-Südring auch durch das Bernbacher-Gelände fortgesetzt werden. Zukünftig sollen auf diesem bisherigen Gewerbegrundstück, das im Flächennutzungsplan auch als solches ausgewiesen ist, aber ausschließlich Wohnungen entstehen. Von urbaner Mischung keine Spur! Auf dem Paulaner-Gelände sind nach Dietz-Wills Auskunft ebenfalls 90 Prozent Wohnungen absehbar. Die restlichen zehn Prozent des Bauvolumens stehen nur theoretisch für Gewerbe zur Verfügung; in der Praxis dürfte es auf Kindertagesstätten, Arztpraxen und kleine Läden der Tagesversorgung hinauslaufen.

Wozu das führt, kann man nach den Worten der BA-Vorsitzenden auf der Haidhauser Bezirksausschuss-Sitzung am 8. März auf den anderen ehemaligen Brauereigrundstücken des Stadtviertels schon sehr gut verfolgen: „Mittel- und Oberschicht-Inseln mit der Tendenz zur Selbsteinschließung“. Die nötige Mischung entstehe so gerade nicht. Der Wohnungsbau auf den Ex-Brauereigrundstücken sei bislang „mehr oder weniger ein Fremdkörper geblieben.“ Und die Stadtgesellschaft entmische sich. Urbanität entstehe so gerade nicht. Im Gegenteil: Die Aversionen der Bürgergruppen nähmen gegeneinander zu. Dietz-Will: „Bei Paulaner droht ein ähnliches Problem.“ Die BA-Vorsitzende malte düstere Prognosen an die Wand: Es gelte, hier eine städtebauliche Katastrophe zu vermeiden.

Offen bedauerte die BA-Vorsitzende, dass dem Bürgergremium der Klageweg verwehrt ist. Nachbarn könnten aber handeln, sagte sie mit dem Blick auf das Areal neben dem Gasteig, der GEMA und dem sich anschließenden Hilton-Hotel, wo vor rund einem Jahrzehnt ebenfalls ein städtebauliches Monstrum entstanden sei, hätten Nachbarn dagegen nicht Klage erhoben. Was stattdessen bis zum Rosenheimer Platz – erst als Ergebnis der Auseinandersetzung vor Gericht – entstanden ist, füge sich in die Stadtlandschaft ein.

### **„Wir brauchen eine stadt- und sozial verträgliche Bebauung“, sagte die BA-Vorsitzende**

„Wir brauchen eine stadt- und sozial verträgliche Bebauung“, sagte Dietz-Will im Hofbräukeller und forderte im Ausgleich zu den unausgewogenen Nachfolgebebauungen auf anderen, früheren Brauereigeländen der letzten Jahrzehnte auf dem Paulaner-Areal 50 Prozent geförderten Wohnungsbau. Vor allem aber erwartet sie, dass die Stadt den Stadtrats-Eckdatenbeschluss nicht an den Bürgern vorbei vorbereite. Liegt er erst einmal vor, sind die Prämissen für den städtebaulichen Wettbewerb vordefiniert. Dietz-Will verlangte von der Stadt, schon den Entwurf dieses Eckdatenbeschlusses mit den Bürgern zu diskutieren. Dass es das noch nie gegeben habe, wie das Planungsreferat einwarf, hält sie für kein Argument, sondern ganz im Gegenteil für den Anlass, das schleunigst zu ändern. „Wir hoffen“, sagte die BA-Vorsitzende, „dass mehr als die gesetzliche Beteiligung möglich ist.“ Auf eine Zusage des Planungsreferats will der BA gar nicht erst warten. Er will eine solche öffentliche Beteiligung kurzfristig organisieren. GBr

### **Wohneigentumspreise stiegen in München binnen Jahresfrist um fast 20 Prozent**

Um 19 Prozent sind die Preise für Eigentumswohnungen in München seit dem Frühjahr 2011 angestiegen, meldet das Immobilienportal immowelt.de. Münchner Eigentumswohnungen kosteten im ersten Quartal dieses Jahres demnach durchschnittlich 4.369 Euro pro Quadratmeter. Damit sind Eigentumswohnungen in München im Mittel um etwa 2.600 Euro teuer als im Bundesdurchschnitt. Der liegt nämlich nur bei 1.741 Euro pro Quadratmeter – er war in derselben Jahresfrist um sechs Prozent nach oben gegangen. Die Wohnungsmieten sind nach derselben Quelle in den letzten zwölf Monaten in München um durchschnittlich sieben Prozent geklettert. Mietwohnungen kosten in München jetzt im Mittel 13,30 Euro pro Quadratmeter im Monat. Die bundesweite Durchschnittsmiete liegt bei 6,30 €/qm. GBr

### **Wie man anderswo mit steigenden Mietpreisen umgeht – ein Schlaglicht aus London**

IKEA hat im Londoner Bezirk *Strand East* elf Hektar Land gekauft und plant, dort bis 2013 insgesamt 1.200 Häuser und Apartments zu errichten. Ziel ist es, Arbeiten, Wohnen und Freizeit am selben Ort zu ermöglichen – gerade in einer Stadt, in der extrem lange Wege für Arbeitnehmer zum Alltag gehören und Wohnungen für Familien Mangelware sind. Bauherr ist *LandProp*, ein Unter-

nehmen der InterIKEA-Gruppe. Entstehen sollen ausschließlich bezahlbare Mietshäuser und -wohnungen. Denn die steigende Zahl an Investitions- und Spekulationsobjekten hat in London die Mietpreise in den letzten Jahren immens in die Höhe getrieben. Gerade in *East London* ist es nicht unüblich, dass Häuser gekauft und teuer vermietet werden, deren Besitzer selbst in den günstigeren Vororten leben. Um das Quartier familienfreundlich zu machen, soll der Anteil an Wohnungen und Häusern mit drei und mehr Schlafzimmern bei für London untypischen 40 Prozent liegen. Das Projekt soll autofrei und dadurch nachhaltig werden, indem Wohnen und Arbeiten – insgesamt 58.000 m<sup>2</sup> für Büros, Gemeinschaftseinrichtungen, Restaurants, Geschäfte und ein Hotel – idyllisch an der Themse an ein und demselben Ort liegen. Das erspart Zeit, Kosten und Energie. 25 Prozent der Gesamtfläche sollen als Park angelegt werden. Vögel und Fledermäuse sollen dort Nistmöglichkeiten erhalten.

GBr

### **Wohnfläche pro Kopf hat in München 30 Jahre lang kontinuierlich zugenommen**

Beim Vergleich der deutschen Großstädte verfügen die Münchner über die meiste Wohnfläche pro Kopf. Alle anderen wachsenden Großstädte liegen deutlich darunter, zeigen aber deutlich wachsende Tendenz; Berlin mit seinen großen Wohnungen liegt an zweiter Stelle (Wohnungssituationsbericht 2011, S. 47). In der Langfristentwicklung 1970 - 2002 hat die Wohnfläche pro Kopf infolge steigenden Wohlstands kontinuierlich zugenommen. 1970 reichten noch 25 qm pro Kopf, 2002 waren es ca. 38 qm pro Kopf. Dabei gab es einen relativ steilen Anstieg von 1970 bis 1987 auf 35 qm pro Kopf, danach einen nur noch schwachen bis 1993 (auf 36 qm/K.) und wiederum einen relativ steilen von 1993 bis 1998 (auf 39 qm pro Kopf) und einen schwachen bis 2002 (auf rd. 40 qm pro Kopf). Von 2002 bis 2005 sank die Kennziffer sogar um etwa einen Quadratmeter, seither stagniert sie bei etwas unter 40 qm pro Kopf (dgl., S. 46). Nur in Frankfurt gab es seit 2005 einen noch etwas deutlicheren Rückgang der Wohnfläche pro Kopf.

Der Wohnungssituationsbericht zeigt auf S. 41 die Entwicklung der Ein-Personen-Haushalte. Danach stagniert der Anteil seit 2006 bei 53 Prozent aller Haushalte und hat gegenüber 2004 sogar um zwei Prozent abgenommen. Die Daten werden nur alle vier Jahre im Rahmen des 1%-Mikrozensus erhoben, der die Zahl der Haushaltsmitglieder und die Wohnungsgröße erfragt. Die letzte Erhebung fand 2006 statt. Angaben seit 2007 beruhen deshalb auf Schätzungen anhand der Einwohnerzahlen und der Wohnungszu- und -abgangsstatistik.

Bei der Wohnfläche pro Kopf ist offensichtlich eine Sättigungsgrenze erreicht, die vom hohen Mietpreisniveau und für weite Teile der Bevölkerung von nicht mehr wachsenden oder rückläufigen Realeinkommen bestimmt sein dürfte. Aber auch das erreichte überdurchschnittliche Niveau der Wohnfläche pro Kopf im Vergleich mit anderen wachsenden Städten dürfte eine Rolle spielen. Die Zahlen sagen natürlich nichts aus über die Verteilung der Wohnfläche auf unterschiedliche soziale Gruppen. Das wäre interessant zu wissen. Ob weitere Verdichtung zur Entspannung des Wohnungsmarktes führt oder nur zu weiteren Zuzügen, ist nicht ausgemacht; aber Entspannung muss bei dem erreichten Niveau auch nicht zwangsläufig zu mehr Wohnfläche pro Kopf führen.

Ingrid Krau

### **frisches. demokratisches. grün**

## **Der Olympiapark – Gebrauchslandschaft für Menschen**

**Der Olympiapark ist ein besonderes Erbe. Wie kann das Empfinden für die Werte der Anlage geweckt und gleichzeitig überlegt werden, welche Wege man sich für die Zukunft offen halten sollte - auch wenn die Zeit Anpassungen erfordert?**

Am Freitag, 20. April 2012 hatten das Münchner Forum, die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur im Rahmen des Projektes „Olympia 72 – Trainingsplatz einer Demokratie“ der Nemetschek-Stiftung und mit Unterstützung von Stiftung und Olympiapark GmbH zur Bahnfahrt durch den Olympiapark eingeladen.

Am Halt Coubertinplatz diskutierten die Teilnehmer gleich die Veränderungen durch neue Bauten. Als Rechtsnachfolger des Urheberrechtes von Günter Behnisch war dem Büro Auer+ We-

ber+ Assoziierte der Auftrag zum Bau eines neuen Restaurants erteilt worden. Pfeilartig ragt es in die für den Besucherstrom einer Großveranstaltung dimensionierte Fläche hinein, inmitten derer nun auf Höhe des ersten Stocks eine Aussichtsterrasse liegt. Prof. Fritz Auer räumte ein, dass dies dem Gedanken Prof. Günther Grzimeks entgegenstehe, dass sich dem Fußgänger Prof. Günther Grzimeks entgegenstehe, dass sich dem Fußgänger, der den Coubertinplatz von



Teilnehmer der Exkursion, unter ihnen Forum-Geschäftsführerin Ursula Ammermann (ganz links), Ksenija Protic (daneben) und der frühere Vorsitzende des Bezirksausschusses Maxvorstadt Klaus Bäuml (Bildmitte). Foto re: Prof. Fritz Auer, Prof. Christoph Valentien erläutern die Grundgedanken des Parks. Bilder: Wolfgang Czisch

Norden betritt, der Raum zum See hin öffnen sollte. Darauf war auch die Höhenentwicklung eingestellt gewesen. Beklagt wurde aus dem Teilnehmerkreis, dass das Restaurant nur zu Veranstaltungen geöffnet werde. Eine zunehmende Kommerzialisierung stehe dem ursprünglichen Gedanken der Offenheit entgegen, schon allein durch die damit verbundenen abgegrenzten Flächen. Auf die Aufgabe der Olympiapark-GmbH, die Anlage zu bewirtschaften, wies Pressesprecher Arno Hartung hin.

Prof. Christoph Valentien erinnerte an Grzimeks Begriff der „öffentlichen Gebrauchslandschaft“, der im Sinne einer demokratischen Grundhaltung benutzt wurde. Man sollte sich frei bewegen können, den Rasen betreten, die Wiesen benutzen, die nirgends achsialen Wege luden zur freien Richtungswahl, zum Gehen und Entdecken ein. Die Pflege der Grünflächen liegt südlich des Olympiasees in Händen der Stadt München, nördlich des Olympiasees in denen der Olympiapark GmbH. Mit Blick auf die großen Zusammenhänge, auf die Komposition von Bauwerk und See mit einzelnen Baumgruppen von seinem Gegenüber aus konnte besprochen werden, wie sehr scheinbare Kleinigkeiten wirken. Am Fuß des Berges war eine Gruppe von Krüppelkiefern überwachsen. Sträucher und Bäume hatten sich versamt und Dominanz erreicht. Statt einer klaren Kontur in niedriger Form, die die Höhe des Berges umso mehr spüren liesse, entwickelt sich hier eine raumbildende „Wand“. Wenige Baumarten seien verwendet worden. „Das ästhetisch Anspruchsvolle war und ist das Einfache“, zitierte Prof. Christoph Valentien zum Gestaltungskonzept. Gleichzeitig sei der Park bewusst in die Stadt eingebunden, was nicht selbstverständlich gewesen sei. Gar nicht so einfach sei es, so Dr. Schneider, solche Bestände zurückzuentwickeln. Fällarbeiten würden von der Bevölkerung mitunter sehr kritisch aufgenommen. Mit dem Parkpflegeplan würde in Zukunft ein Leitbild zur Verfügung stehen, das die Entwicklung solcher raumbildenden Gehölze verhindern helfe. Am Ende bleibt die Frage - was war hier vorher? Wie schnell vergisst man die Offenheit, die Leichtigkeit, die hier einmal erlebbar gewesen sein mögen?

Veronika Fischer-Horns, Vorsitzende DGGL

Den vollständigen Artikel finden Sie unter [www.dggl.net/blog](http://www.dggl.net/blog)

## Ferdinand Stracke zur Münchner Stadtentwicklung im 20. Jhd.

### „Die Parole ‚Bürger bauen ihre Stadt‘ hat einen wahren Kern“

Wenn ein ausgewiesener Experte nach vier Jahrzehnten Praxis als Architekt und als Stadtplaner, als Verfasser einer Münchner Hochhausstudie von 1998, als langjähriger Münchner TU-Professor für Städtebau und Regionalplanung und als früherer Bayern-Vorsitzender der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Gutachter in Architektenwettbewerben und als Vorsitzender von Wettbewerbsausschüssen. Zur Feder greift, um auf mehr als 380 Buchseiten seinen „WohnOrt München“ zu portraituren, dann darf man Profundes erwarten. Und in der Tat: Wer sich über den Wohnstandort München der letzten hundert Jahre ein differenziertes Bild machen will, kommt an Ferdinand Strackes neu erschienenem Grundlagenwerk nicht vorbei.



Stracke hatte sich vorgenommen, „Einflüsse politischer, sozialer und ökonomischer Art auf Zeitgeist und städtebauliche Leitbilder nachzuzeichnen, die in ihrem Zusammenwirken zur besonderen Lebensqualität der Stadtbewohner beigetragen haben.“ Nach 270 Seiten, auf denen er die im Stadtbild sichtbaren Spuren von hundert Jahren Stadtgeschichte erläutert (1890-1918: München im sozio-ökonomischen Wandel; 1919-1930: Entgrenzung; 1931-1943: Überformung; 1944-1958: Nach dem Desaster; 1959-1972: Sprung in eine neue Dimension; 1973-1983: Hausse und Baisse; 1984-1998: Boomtown; 1999-2010: Isarmetropole) – nach diesen intensiv bebilderten Längsschnitten durch die Wohnbauentwicklung in der jüngeren Stadtgeschichte

legt Stracke vier zusätzliche Querschnitte vor, und zwar über die Metropolregion München, über Einfamilienhäuser, über sein Lieblingsthema Hochhäuser und in einem Gastbeitrag von Caroline Heidlauf über das Grün in der Stadt. Danach fasst er in einem Epilog seine Befunde zusammen und wagt in einem abschließenden perspektivischen Dialog mit Stadtbaurätin Prof. Elisabeth Merk, der früheren Stadtbaurätin Christiane Thalgott und Prof. Matthias Ottmann von der Südhausbau Blicke in die Zukunft.

Sein Buch fokussiert dem Titel gemäß auf das Wohnen. So portraitiert er im Abschnitt über die 1960er Jahre Neuperlach und das HasenbergI, Fürstenried und Neufürstenried, Wohnhäuser von Steidle und Partner in der Bogenhausener Genter Straße und von Ackermann und Partner in der Laimer Altdorfer Straße sowie das Olympische Dorf. Auf die ebenfalls in diesen Jahren entstandenen und für die städtebauliche Qualität Münchens besonders wesentlichen olympischen Sportbauten ebenso wie auf „die anderen großen Entwicklungsmotoren wie den Gewerbebau, das öffentliche Bauen für Verwaltung, Bildung, Gesundheitswesen und technische Infrastruktur“ geht er, wenn überhaupt, nur am Rande.

### „Eine behäbige Stadtkultur, die Experimenten immer mit einer ruhigen Skepsis begegnete“

Stracke kennt seine Stadt sehr genau, wenn er beispielsweise schreibt: „München gilt in der internationalen Wahrnehmung als eine schöne Stadt. Warum? Es hat sich nicht überformen lassen wie z.B. Frankfurt am Main, es weist nicht die Brüche auf wie z.B. Berlin, es hat einfach seine Eigenart bewahren können, zu der auch gelegentlich etwas kitschige Romantik gehören darf, also nicht nur Design pur. Vielleicht ist es auch der Geist, die Mentalität einer Stadt, die eine eher behäbige Stadtkultur hervorgebracht hat, die Experimenten immer mit einer ruhigen Skepsis begegnete, ohne jedoch in aufgeräumte Langeweile zu verfallen.“

Große städtebauliche Würfe sind in München deshalb kaum zu erwarten, glaubt auch Stracke; was aber vielleicht wichtiger ist: im *urban planning* wie im *urban design* (diese beiden anglophilen Begriffe treffen seiner Überzeugung nach den Sachverhalt besser als in unserem Sprachgebrauch Stadtplanung und Städtebau) sieht Stracke überwiegend gute, teilweise hohe Qualität realisiert,

und lobt damit seine Beratertätigkeit die ja nicht unangefochten ist. „Bei den sehr anspruchsvollen, fast luxuriösen Formen von Umgang mit Fläche“ spiele die Stadt „in einer ganz hohen Liga.“ Stadt und Staat kooperieren in der kommunalen Entwicklung nach Strackes Urteil in ihren „tragenden Rollen [...] manchmal kontrovers, manchmal in produktiver Union mit ihren gigantischen Administrationen für Planungen jeglicher Art.“ Erst nach diesen beiden politischen Ebenen nennt er das „Potential von Fachwissen: Architekten, Stadtplaner, Freiraumplaner, Ingenieure und Künstler, das Lager der Juristen und Berater. Nicht zu vergessen ist die öffentliche Meinung, die Presse, die jeden Entwicklungsschritt mit Kritik und Lob begleitet. Eine in München einmalige Institution gehört dazu, die Hans-Jochen Vogel 1972 [hier irrt Stracke; es ist 1968 gewesen] ins Leben rief: das Münchner Forum, das mit konstruktiver Kritik den öffentlichen Diskurs über Stadtentwicklung und Stadtgestalt befeuert.“

### **Innenentwicklung und neue sehr verdichtete „Stadt-Dörfer“ sollen mehr Wohnraum schaffen**

Aber Flächen werden zunehmend knapp. Stracke sieht daher zwei Entwicklungsschwerpunkte: Innenentwicklung innerhalb des Burgfriedens und „Stadt-Dörfer“ in den Nachbargemeinden. In der Innenentwicklung sieht Stracke München im Norden, entlang der westlichen Bahnachse, nach Süden in Sendling und Solln sowie nach Osten in Richtung Messestadt und Neuperlach langsam, stetig, stets jedoch nur mäßig in die Höhe wachsen – nach einem Schema, das Potentiale aktiviert, „aber München nicht überformt.“ In den Nachbargemeinden hält er an künftigen S-Bahn-Haltestellen zugleich neue sehr verdichtete „Stadt-Dörfer“ für sinnvoll, die nicht mehr als „schleichende Verstädterung durch extensive Bebauung am Rande der Dörfer“ das Umland zersiedeln. Solche Ansiedlungen allerdings kann sich Oberbürgermeister Christian Ude, wie er im Vorwort schreibt, angesichts der gemeindlichen Planungshoheit „nur mit Mühe vorstellen.“ Für Strackes Idee gar, Flächenansprüche an das Wohnen aus städtebaulichen wie aus Umweltschutzgründen womöglich sogar einzuschränken, hat Ude nur einen Kommentar übrig: „Kein Politiker würde das wagen. Aber zum Glück gibt es ja auch die Wissenschaftler!“

### **Merk: Bis 2040 könnte ein Großteil der heutigen Verkehrsflächen zurückgebaut werden**

Elisabeth Merk übrigens ließ sich von Stracke in einem am Schluss des Buches abgedruckten Gespräch über die Zukunft der Stadt mehr entlocken, als sie gemeinhin über ihre Vision preisgibt. München selbst hält sie binnen einer Generation, also bis 2040, für eine grundlegend zu verändernde Stadt: „Ein Großteil der heutigen Verkehrsflächen könnte zugunsten von neuen ökologischen Wohnhäusern zurückgebaut werden. [...] Die Straßen und Plätze in der Stadt bieten so wieder viel Raum für Nachbarschaftsprojekte und kulturelles Leben.“ In Freiamt werde sich bis dahin „die Gartenstadt neu erfunden“ haben: „Der öffentliche Raum in Agopolis ist der kollektive Garten.“ Im Verhältnis zur Region schließlich hält Merk es für zwingend nötig, den Dialog mit den Nachbar-Kommunen zu intensivieren. Dazu will sie die Ergebnisse der Münchner Diskussion über die Siedlungsentwicklung „zu einem geeigneten Zeitpunkt auch mit der Region diskutieren“ – aber so, dass nicht „alle die Palisaden hochfahren“. Ihr Motto dabei – damit schließt auch das Buch: „Vision ist, die Realität, die man in den Händen hält, kreativ zu gestalten. Aus diesem Grundsatz wird sich Innovation gestalten. Und wenn es uns gelingt, an ein paar Stellen etwas wegweisend Gutes zu machen, greifen vielleicht auch andere Modi, eben diesen Weg zu gehen.“ Flächen für solche wegweisende Neubauten habe die Stadt „in der Tat noch eine ganze Menge“. GBr

**Ferdinand Stracke (2011): WohnOrt München. Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert. München: Schiermeier. ISBN 978-3-9814521-2-9. 42,50 €.**

## Leserbriefe

Die Leichtgläubigkeit mancher Landes- und Kommunalpolitiker um die Illusion „**Zweiter S-Bahn-Tunnel**“ und deren unkritische Akzeptanz angeblicher Autoritäten hatte bereits im Jahre 1837 der dänische Dichter H.C. Andersen in weiser Voraussicht in seinem Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ erzählt: (...) »Wie sind des Kaisers neue Kleider unvergleichlich! Welche Schleppe er am Kleide hat! Wie schön sie sitzt!« Keiner wollte es sich anmerken lassen, dass er nichts sah; denn dann hätte er ja nicht zu seinem Amte getaugt oder wäre sehr dumm gewesen. Keine Kleider des Kaisers hatten solches Glück gemacht als diese. »Aber er hat ja gar nichts an!«, sagte endlich ein kleines Kind. »Hört die Stimme der Unschuld!«, sagte der Vater; und der eine zischelte dem andern zu, was das Kind gesagt hatte. »Aber er hat ja gar nichts an!«, rief zuletzt das ganze Volk. Das ergriff den Kaiser, denn das Volk schien ihm recht zu geben, aber er dachte bei sich: »Nun muss ich aushalten.« Und die Kammerherren gingen und trugen die Schleppe, die gar nicht da war. (Hans Christian Andersen: Sämtliche Märchen. Leipzig, um 1900, S. 264)

Stefan Baumgartner

In Berlin gilt bereits jetzt auf 15 Prozent der Hauptstraßen zeitlich begrenzt oder ganztags **Tempo 30** – München ruht sich noch immer auf seinen Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten aus und schafft es noch nicht einmal dort – in sensiblen reinen und offen bebauten Wohngebieten –, in untergeordneten Sammelstraßen Tempo 30 durchzusetzen. Gerade in diesen Wohngebieten sind jedoch kaum andere Maßnahmen als Tempo 30 möglich, um die meist freistehenden Häuser, die an allen Seiten gesundheitsbedrohendem Lärm ausgesetzt sind, zu schützen. Die Gärten, die der Erholung dienen sollen, sind absolut unbrauchbar für die Erholungsfunktion, der Schall breitet sich sogar auch in die Grundstücke der zweiten und dritten Reihe aus. Und es geht hier nicht um „Ruhe“, sondern um eine erträgliche Lärmsituation, mit der man leben kann. Lärmschutzfenster sind hier wenig sinnvoll, Lärmschutzzäune sogar verboten – dem durchfahrenden Raser soll eine grüne Idylle vorgespielt werden. Es ist offensichtlich nicht vermittelbar, dass Lärm ab einer bestimmten Höhe eine ernsthafte Gesundheitsgefährdung darstellt und erhebliche volkswirtschaftliche Schäden verursacht. Die Funktion dieser Sammelstraßen besteht darin, nur den Ziel- und Quellverkehr aus den Siedlungsgebieten abzuleiten, Durchgangsverkehr soll nicht stattfinden. Für diese Zweckbestimmung und den damit relativ geringen Verkehrsdurchsatz wäre eine Tempo-30-Anordnung absolut unproblematisch. Von Verkehrsexperten wird sogar für die Verstärkung des Verkehrs Tempo 30 empfohlen, Brems- und Beschleunigungsvorgänge werden dadurch verringert, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht, die Aufenthaltsqualität im Straßenraum verbessert. Die Fahrzeiten des ÖPNV werden nachweislich durch die Zahl der Knotenpunkte und Haltestellen, sowie durch Behinderungen im Straßenverlauf bestimmt und nur zu 5 Prozent durch die zulässige Höchstgeschwindigkeit! Nach Expertenaussage wird der Mittelungspegel von Lärm bei einer Absenkung auf Tempo 30 um drei Dezibel verringert, dies käme akustisch der Halbierung der Verkehrsmenge gleich, was eine erhebliche Verbesserung darstellt. Wenn nun schon an übergeordneten mehrspurigen Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 als geeignete und längst überfällige Lärmschutzmaßnahme vorgeschlagen wird, wieso ist dies dann nicht gleichzeitig an den Sammelstraßen in reinen Wohngebieten möglich?

Interessengemeinschaften Allacher Straße alt, Alte Allee / Bergsonstraße und Offenbach-/Meyerbeerstraße e.V., Helmut Rothballer, Richard Eisenried, Maria Ecke-Bürger

„Verkehrslärmbelastung, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten“ – das war in etwa die zynische Aussage von Stadträtin Heide Rieke, um mit allen Mitteln eine Überprüfung von **Tempo 30** nachts auf weniger als 1 Prozent der Hauptstraßen Münchens zu verhindern. Womöglich müsste man dann ja vielleicht feststellen, dass es bestens funktioniert, wie in anderen Städten bereits nachgewiesen. Man muss sich ernsthaft fragen, welcher Ausschuss des Stadtrates zum Lärmaktionsplan eigentlich abgestimmt hat. Auf die Idee, dass es tatsächlich der Umweltschutzausschuss war, wäre man zumindest nach den Wortmeldungen von SPD, CSU und FDP nicht gekommen. Die Diskussion ging hauptsächlich um die verlärmten Wohnbereiche in München, in denen keine anderen technischen Maßnahmen gegen den Straßenlärm möglich sind außer eben Temporegulierungen. Welche Macht muss die Autolobby in München besitzen, dass nun sogar von den für den Umweltschutz zuständigen Vertretern die Prüfung einer nächtlichen Temporeduzierung abgelehnt wird. Und dies trotz des Wissens, dass Tempo 30 den Verkehrslärm gleichermaßen reduziert wie die Halbierung des Verkehrsaufkommens und damit eine erhebliche wahrnehmbare

Wirkung erzielen wird. Stattdessen wurde von Seiten der SPD durch Stadträtin Rieke in fast schon makabrer Weise darüber räsoniert, dass das Lärmproblem an besagten Straßenabschnitten eine geeignete Maßnahme sei, bezahlbaren Wohnraum für arme Menschen zu erhalten, und man somit besser nicht daran rühre, den „Wohnwert“ hier zu steigern. Gleichzeitig behauptet dieselbe Stadträtin aber auch, dass allenfalls eine Lärmreduzierung an der Wahrnehmungsgrenze erreicht werden würde... ja was denn nun? Trotz umfangreicher Information von ausgewiesenen Fachleuten vorab „meint“ auch Stadtrat Mattar, dass Tempo 30 nachts „nicht sinnvoll“ sei, und Stadtrat Schmid lenkt ab mit kostspieligen Tunnel-Maßnahmen an anderen Stellen – woher nehmen diese Stadträte den Mut, es besser zu wissen als die einschlägige Literatur? Seit 1967 hat sich der Autoverkehr auch in München um das 2,5 fache erhöht – Anwohner an besonders stark befahrenen Stadtstraßen brauchen deshalb dringend die Fürsprache und Unterstützung von verantwortungsvollen Politikern. Der Umweltausschuss in dieser Zusammensetzung ist überflüssig. Ein trauriges Bild für München, die angeblich grüne Weltstadt mit Herz. Maria Ecke-Bünger

Als im Herzen der Stadt eine **Fußgängerzone** geplant werden sollte, jammerten die „kleinen“ und die „großen“ Geschäftsleute. Bis 1972 hatten sie ihren eigenen Untergang vorausgesagt. Vor der Erweiterung der Fußgängerzone um 1978 ging der damalige Präsident der Handelskammer von Laden zu Laden, um den Widerstand abzubauen. Wenn heute von wachen Beobachtern die Erweiterung dieser Zone angeregt wird, hört man die gleichen Argumente wie 1966, zwar in anderer Tonart, aber nicht nur von den „kleinen“ Opfern. Dabei lebt Europa heute in einer Art Renaissance der Fußgängerzonen. Überall entstehen „Begegnungszonen“, „Gemeinschaftsbereiche“ oder „*Shared Spaces*“ in vielen, sehr verschiedenen Realisierungsvarianten und mit erstaunlichen Erfolgen – nicht nur für die Stadtmenschen und Besucher, sondern auch zugunsten der Autofahrer und der „kleinen“ und „großen“ Geschäftsleute. Darüber sind – in anderen Städten – sogar die eingefleischten politischen Sprecher der Autofahrerlobby überrascht. Diese neuen Modelle richten sich nicht gegen bestehende oder neu geplante Fußgängerzonen, bereichern sie aber. Das gilt auch im 40. Jahr nach der Eröffnung der Münchner Fußgängerzone. Wer allerdings das künftige Fußgängerzönchen **Sendlinger Straße** bedenkt, kann nicht verstehen, aus welchen Gründen man meint, auf halber Strecke Schluss machen zu müssen. Den Zulieferern zuliebe? Den Alten, die Arztpraxen mit dem Taxi besuchen müssen? Zur Verhinderung der Abwürgung der „kleinen“? Parkplätze gibt es genug. Alle Erwartungen von Zulieferern, Arztpatienten und anderen können ernst genommen werden. In München verbeugt man sich aber seit Jahren vor den übergeordneten Vorschriften der Regierung von Oberbayern, etwa beim sensiblen Begegnungszonen-Projekt im Tal. Fehlte in München einfach der Wille? Bei den Stadtpolitikern? Bei den verschiedenen Planungsinstanzen? Wir haben Vorschläge eingebracht, wie man – ohne jede Gefahr einer Provokation – im Südteil der Sendlinger Straße eine Testphase zum Ausprobieren von Begegnungszonen-Modellen starten könnte. Will man einfach nicht? Gerhard Meighörner

Ich hätte vom **Zukunftskongress** erwartet, dass man sich nicht allein darüber Gedanken macht, wie verdichtet werden kann. In ihm hätte zumindest das Problem des ungebremsen und sogar geförderten Zuzugs nach München angesprochen und die Frage aufgeworfen werden müssen, ob dieser Zuzug quasi naturgesetzlichen Zwängen folgt oder ob und welche Einflussmöglichkeiten die Politik noch besitzt, dem verhängnisvollen Einwohnerwachstum Münchens entgegenzusteuern. Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen: ich will nicht die Freizügigkeit der Wohnungswahl in Frage stellen, und ich weiß auch, dass Verdichtung per se nicht schlecht ist, sondern unter bestimmten Voraussetzungen am richtigen Ort und bei guter räumlicher und baulicher Gestaltung mit Urbanität und städtischer Lebensqualität durchaus vereinbar sein kann. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Stadtpolitik falsch liegt, wenn sie die Begrenzung des Zuzugs als Thema tabuisiert und so tut, als sei ungesundes Wachstum kein problematischer Sachzwang (ist es überhaupt einer?), sondern der eigene Wunsch. Bekanntlich werden nicht nur neue Gewerbegebiete ausgewiesen und auf internationalen Messen Unternehmen umworben, damit sie ihren Standort nach München verlegen. Die Krokodilstränen über steigende Mieten bei gleichzeitigem Forcieren des Zuzugs nach München sind unerträglich. Das neoliberale Glaubensbekenntnis, ein gebremstes Wachstum bedeute ein „Aus für die Münchner Entwicklung“, kann nur als borniert bezeichnet werden. Der längst überholte Fortschrittsbegriff des quantitativen Wachstums scheint in der Münchner Stadtpolitik immer noch Konjunktur zu haben.

Dr.-Ing. Hans-Joachim Schemel